

Anmerkungen zum
außenpolitischen
Verhältnis zwischen
den USA und China

Rivalen in der Weltpolitik

Beate Neuss

China überrascht immer wieder. Wenige Analytiker hatten 1989 damit gerechnet, dass Peking angesichts der Demonstrationen auf dem Tian'anmen-Platz zur Gewalt greifen würde – schien es sich dies doch schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten zu können. Auch die blutige Niederschlagung der Proteste und Aufstände in Tibet und den Nachbarregionen sowie die scharfen Töne und die Mobilisierung nationalen Protestes zum Beispiel gegen Frankreich tragen erneut zur Unsicherheit bei, wie man mit dem Partner China umgehen kann.

Wechselseitige Verflechtung

Zwar stützt sich China nicht auf eine expansive Ideologie, aber es erhebt doch Ansprüche auf das Südchinesische Meer und auf die Eingliederung Taiwans. In Washington wird immer wieder der Aufstieg des nicht demokratischen Deutschen Reiches Ende des neunzehnten, Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts als vergleichbar genannt. Henry Kissinger warnt jedoch vor dieser Analogie, da Politik im globalisierten einundzwanzigsten Jahrhundert nach anderen Regeln ablaufe und die wirtschaftliche Verflechtung Chinas mit der Welt so außerordentlich intensiv sei. Die über hundert multinationalen Konzerne, die ihren Sitz in den USA haben und hohe Summen in China investierten, sowie die großen Dollarreserven und amerikanischen Schuldverschreibungen, die China hält, schaffen eine wechselseitige Abhängigkeit. Noch nie in der Weltgeschichte waren zwei ri-

valisierende Mächte gleichzeitig so sehr verflochten und wechselseitig abhängig.

Sicherheitsgarant in Asien

Die Rolle Washingtons in Asien ist von besonderem Gewicht, weil es Sicherheitsgarant der demokratischen ostasiatischen Staaten ist: Südkorea, Japan, Taiwan bauen auf den Schutz durch Amerika. Damit ist die Supermacht hochgradig in eine Reihe von konfliktbehafteten Beziehungen involviert, die zudem aufeinander einwirken. Der Konflikt um Nordkoreas Atomprogramm ist einer davon.

Nordkoreas Atompolitik ist sowohl für Amerika wie für China besorgniserregend. Washington sieht in der Nuklearisierung eine Gefahr für die regionale Stabilität; man kann davon ausgehen, dass dies China nicht anders einschätzt. An den sogenannten „Sechsergesprächen“ zur Lösung des Problems sind neben den USA, China und Nordkorea auch Südkorea, Russland und Japan beteiligt. China ist der einzige Staat, der mit Nordkorea noch intensive Wirtschaftsbeziehungen unterhält, daher ist der autistische Staat abhängig von den Öl- und Lebensmittellieferungen aus dem Reich der Mitte. Seitdem Anfang der 90er-Jahre die nuklearen Ambitionen des Landes aufgedeckt wurden, ist Washington bestrebt, mit Drohungen und Anreizen – wie Öllieferungen beziehungsweise dem Bau eines Leichtwasserreaktors – Pjöngjang vom Bau einer Nuklearwaffe abzubringen. Nordkorea hat immer wieder gegen Abkommen verstoßen. Offenbar war

China von der Testexplosion in Nordkorea 2006 unangenehm überrascht – soweit dies von außen feststellbar ist, erhöhte es öffentlich den Druck auf das Nachbarland und reduzierte Öllieferungen. Aber auch das nächste Verhandlungsergebnis hielt Pjöngjang nicht ein: die in den „Sechser-Gesprächen“ getroffene Vereinbarung, die nuklearen Bestrebungen gegen die Lieferung von Gütern bis Ende Dezember 2007 einzustellen.

Die Krise um die nordkoreanische Nuklearrüstung, die verbunden ist mit der Entwicklung von Mittel- und Langstreckenraketen und der Gefahr der Proliferation von Nuklearwaffen, erfordert also weiterhin die Kooperation Chinas und der USA. Problematisch für Washington ist, dass seine Isolationspolitik von China nur partiell mitgetragen wird. Resolutionen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen finden Pekings Zustimmung erst dann, wenn sie stark abgeschwächt wurden – da bleibt China ganz Schutzmacht Nordkoreas. Peking liegt an der Stabilität des Regimes in Pjöngjang. Bei einem Zusammenbruch fürchtet es unkalkulierbare Risiken (Migration, prowestliche Vereinigung).

Die Entwicklung in Nordkorea hat zudem Auswirkungen auf Japan, in dessen Richtung Nordkorea bereits mehrfach Testraketen schickte. Tokio hat seit Ende des Zweiten Weltkrieges eine besondere Sicherheitsbeziehung mit Washington. Die Militärallianz beider bietet Japan, das nur durch Selbstverteidigungstreitkräfte geschützt ist, einen nuklearen Schutzschirm und die Sicherheitsgarantie der Weltmacht. Die USA unterhalten zudem Stützpunkte in Japan. Tokio, dem Wissenschaftler noch vor weniger als zwanzig Jahren voraussagten, die asiatische Führungsmacht des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu werden, sieht sich in Rivalität mit China, das seine regionale Stellung seit einiger Zeit gefährdet. Im letzten Jahr hat Japan die Voraussetzung ge-

schaffen, seine Verfassung ändern zu können, um den Artikel über den Verzicht auf reguläre Streitkräfte zu revidieren. Dies ist auch auf die chinesische Rüstungspolitik sowie auf chinesische Territorialansprüche zurückzuführen. Der Umbau der chinesischen Armee und die Aufrüstung mit modernen Waffensystemen – zumeist von Russland geliefert –, gepaart mit der Sorge, die Überlastung Washingtons in anderen Weltregionen könnte zum Abzug von Truppen führen, und schließlich die nordkoreanischen Nuklearbestrebungen führten zum Überdenken der japanischen Sicherheitspolitik. Dies wird verstärkt durch chinesische Ansprüche auf die Spratley-Inseln und die Senkaku-Inselgruppe, wo Rohstoffe vermutet werden. Chinas Bestreben, sich hier wie im von ihm beanspruchten Südchinesischen Meer zu etablieren, zielt auf die Fischgründe und Rohstoffe, die für Japan ebenfalls von großem Interesse sind. Vor allem aber verlaufen hier Japans lebenswichtige Seeverbindungen. Vor diesem Hintergrund versucht Washington, Japan als Gegengewicht zu China zu stabilisieren. Es intensiviert in den letzten Jahren die militärische Kooperation mit seinem verlässlichen Verbündeten und weitet sie aus, indem beide mit Australien und Neuseeland kooperieren und gemeinsame Manöver abhalten. Die Ausdehnung der Kooperation zwischen asiatischen und pazifischen Demokratien ist eine Reaktion auf Chinas militärische Ambitionen und passt auch in die Bestrebungen Washingtons, eine *League of Democracies* zu etablieren.

Risikofaktor Taiwan

Denkt man über eine mögliche Konfrontation zwischen China und den USA nach, so geht von der Taiwan-Frage die größte Gefahr aus. China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz, die zu China zurückkehren muss. In den letzten Jahren hatte die Führung Taiwans Bestrebungen gezeigt, sich von China zu lösen und völ-

kerrechtlich anerkannt zu werden. Sechs Jahrzehnte Trennung vom Festland, eine eigenständige und seit über einem Jahrzehnt demokratische Entwicklung sowie das Selbstbewusstsein der seit Jahrhunderten auf Taiwan lebenden Bevölkerung mit eigener kultureller Ausrichtung trugen dazu bei. Peking hat den Taiwanesen regelmäßig politisch und militärisch gedroht, Raketen an der Gegenküste stationiert und vor der Insel Militärmanöver abgehalten. 2005 erließ die Volkrepublik ein Antisepessionsgesetz, das die Regierung im Fall der Loslösung Taiwans ermächtigt, zu militärischen Mitteln zu greifen. Seit den Wahlen im Frühjahr 2008, in denen die Macht erneut an die Kuomintang ging, ist die Lage vorerst entschärft. Die neue Regierung will Taiwan „eigenständig, aber nicht unabhängig“ sehen. Doch es besteht kein Zweifel, dass China an der Reintegration Taiwans arbeitet und möglicherweise nach der Olympiade und der Weltausstellung 2010 den Druck verstärken wird.

Die Vereinigten Staaten sind Schutzmacht Taiwans – wenn auch vertraglich nicht mehr abgesichert. Sie haben einerseits Taiwan zur Zurückhaltung gedrängt, andererseits Flugzeugträger entsandt, um die Entschlossenheit zu dokumentieren, zu ihrer Schutzverpflichtung zu stehen. Washington interpretiert einen Großteil der chinesischen Rüstung – zum Beispiel Amphibien- und Landfahrzeuge – als auf Interventionsmöglichkeiten in Taiwan gerichtet. Amerikanisches Engagement in mehreren Kriegsschauplätzen wie derzeit, nationalistische Bestrebungen in der Volkrepublik, von denen innenpolitischer Druck ausgeht, und erneute Sezessionsbestrebungen Taiwans könnten rasch zu einer Gefährdung des Friedens führen. Teile der politischen Führung Chinas könnten den vorhandenen Nationalismus schüren und als mobilisierenden Faktor nutzen, um von innenpolitischen Problemen abzulenken oder einen Machtkampf

anzuheizen. Sollte ein demokratisches Taiwan mit militärischem Druck zur Vereinigung gezwungen werden, ohne dass die USA es schützen könnten, hätte dies gravierende Auswirkungen auf die amerikanischen Verbündeten und die Stellung der USA als Weltordnungsmacht.

Sorge angesichts Aufrüstung

Darüber hinaus können die chinesischen Rüstungsanstrengungen zu einer Destabilisierung der Region führen. Auch Indien entwickelt Einkreisungsängste, weil China Stützpunkte um das Land herum aufbaut. Anderesüdasiatische Mächte, die ihre Interessen im Südchinesischen Meer beeinträchtigt sehen, treiben ebenfalls die Rüstungsspirale an. Die Vereinigten Staaten als Garant der asiatischen Ordnung sehen die regionalen und letztlich globalen Auswirkungen der chinesischen Politik mit Sorge.

China gibt sich derzeit noch mit der Präsenz der USA in Japan und im Pazifik zufrieden. Es kann davon ausgehen, dass Japan, das technisch jederzeit in der Lage wäre, sich nuklear zu bewaffnen, dies nicht tun wird, solange es unter dem amerikanischen Schutzschirm steht. Auch der Schutz der Meerengen im Pazifik durch die USA kommt Peking derzeit noch gelegen. So gehen durch die nur wenige Kilometer breite Straße von Malakka der Großteil des chinesischen und japanischen Im- und Exports sowie siebzehn Prozent des Welterdöls – eine entscheidende Lebensader Asiens. Selbstverständlich ist sich China aber auch bewusst, dass Washington damit zu einem großen Teil die Energieversorgung des Landes und seine Wirtschaft kontrollieren könnte. Mit wachsendem Gewicht Pekings ist ein Konflikt über die Kontrolle nicht ausgeschlossen, der Ausbau der Hochseestreitkräfte deutet möglicherweise darauf hin.

Mit der Shanghai Cooperation Organization baut China im Norden seines Lan-

des ein Instrument auf, das den amerikanischen Einfluss in Zentralasien zurückdrängen soll. Dieses Interesse teilt es mit seinem Partner Russland. Die SCO gilt manchen amerikanischen Beobachtern als Gegen-NATO und zeigt Ambitionen über die Region der ursprünglichen Mitglieder – Russland, China, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan – hinaus. Auch die Einladung an die Mongolei, Indien, Pakistan und – wohlgemerkt – den Iran, als Beobachter an Sitzungen teilzunehmen, deutet in der Tat auf einen breiteren Radius des Interesses. Die Mitglieder probten im letzten Jahr in einem großen Manöver gemeinsame Einsätze gegen Terroristen (6500 Soldaten!).

Konkurrenz um Märkte

China kommt auch in anderen Weltregionen in Konflikt mit den USA. Die beiden Giganten sind die weltgrößten Energiekonsumenten. Beide sind auf umfangreiche Öl- und Gasimporte angewiesen. Zum Teil treten sie auf den gleichen Märkten als Konkurrenten auf, wobei die chinesischen Staatsunternehmen einen größeren Handlungsspielraum haben als amerikanische Konzerne in Privatbesitz. Vor allem können sie andere Gegenleistungen in Aussicht stellen. So bietet China afrikanischen Staaten den Ausbau von Infrastruktur, des Gesundheitswesens und Kredite, die an keine Bedingungen gebunden sind. Kredite des IWF oder westlicher Staaten fordern hingegen von den Kreditnehmern Good Governance und Einhaltung der Menschenrechte. Konflikte sind vorprogrammiert, da China sich in Staaten engagiert, die vom Westen aufgrund ihrer Verletzung von Menschenrechten isoliert werden: Sudan und Simbabwe sind dafür herausragende Beispiele. Grundsätzlich gilt, dass Chinas Vorgehen, das strikt am Interesse der Ressourcengewinnung und Markterschließung orientiert ist, vom Westen nicht mehr konterkariert werden

kann. De facto gebärdet sich das Land als Unterstützer der diktatorischen Regime. Seit Langem sind die Massenmorde im Sudan bekannt – 300 000 Tote nennt die UNO als aktuelle Zahl –, aber eine harte Resolution der Vereinten Nationen konnte China stets verhindern, ohne dass es den Beleg für eine erfolgreichere Friedenspolitik erbringen konnte. Den vom Westen lange vernachlässigten afrikanischen Kontinent machte es sich 2006 mit einem Afrika-Gipfel in Peking gewogen: Hochrangige Vertreter aus achtundvierzig von dreiundfünfzig afrikanischen Staaten reisten an.

Wenig erfreulich aus amerikanischer Sicht ist, dass China in seinem latein-amerikanischen Hinterhof mit den sozialistischen und anti-marktwirtschaftlichen Regierungen zusammenarbeitet, allen voran mit Hugo Chávez in Venezuela. Allein die Chance der afrikanischen und südamerikanischen Staaten, nun mit einem anderen Partner als den Amerikanern und Europäern kooperieren zu können, mindert die Macht der USA (und den Einfluss Europas).

Strategien der Machterhaltung

Die Weltmacht USA ist nicht bereit, sich damit abzufinden, dass der amerikanische Einfluss in Asien schwindet und sich die Staaten der Region an China anlehnen. Dies hätte gravierende Folgen für die Weltordnungspolitik und die Institutionen, die die Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung tragen. Schon in der Amtszeit von Präsident Clinton wurden daher Strategien des Umgangs mit China entworfen, die zur Erhaltung des Machtgefüges und der amerikanischen Militärpräsenz dienen sollten.

China lässt die Welt über seine strategischen Ziele im Unklaren. Die Mottos „Friedlicher Aufstieg“ oder auch „Harmonische Welt“, die seiner Außenpolitik vorangestellt werden, verbergen mehr, als sie verdeutlichen. Das amerikanische

Verteidigungsministerium sieht deshalb in einem Report vom Sommer 2007 die künftige Entwicklung in Asien skeptisch. Die Modernisierung des Militärs hält das Pentagon nicht für den einzigen Grund für die Aufrüstung. Vielmehr scheinen die Struktur des Militärs, die Art der Waffensysteme und die Schaffung eines Zugangs zum Indischen Ozean über Birma weit über die Nachbarregion hinauszuzielen – auf Machtprojektion in die asiatisch-pazifische Region und in die Ressourcengebiete Afrikas und schließlich auch Lateinamerikas. Mit der Shanghai Cooperation Organization versuche das Land, eine Gegenmacht zu bilden, so die Ansicht einiger Politikwissenschaftler. China beginnt sich zu einem globalen Akteur zu entwickeln. Es muss diesen Weg gehen, um seine Ressourcen zu sichern. Allerdings fragt sich, ob wie erhofft in „friedlicher Integration und freundlicher Konkurrenz“ (Department of Defense, 2005), ob in Kooperation mit den USA oder gegen die USA. Das Pentagon rechnet damit, dass China sein Militärpotenzial als Drohmittel einsetzen wird – nicht nur wie bisher bereits gegenüber Taiwan.

Welche Strategien entwickelt Washington, um die Herausforderung durch Chinas Aufstieg zu bewältigen? Zwei Grundannahmen führen zu unterschiedlichen Vorschlägen, wie vorzugehen sei. Die neorealistische Schule geht davon aus, dass Staaten nach Ausweitung von Macht und nach Dominanz streben. Daher sei ein Konflikt um die Hegemonie in Asien unausweichlich (zum Beispiel John J. Mearsheimer). Die liberale Schule (zum Beispiel Zbigniew Brzezinski) geht von der pazifizierenden Wirkung der internationalen Verflechtung des Handels und der Kooperation in multilateralen Organisationen aus. China werde zu einem konstruktiven Akteur im internationalen System heranwachsen. In einer globalisierten Welt seien Kriege von nuklearen Großmächten gegeneinander eher un-

wahrscheinlich, dagegen die Wirtschafts- und Handelsinteressen sehr stark.

Einbindung oder Eindämmung?

Die wirtschaftliche Verflechtung und das wirtschaftliche Interesse der USA legen es nahe, sich durch „Engagement“ einen Partner heranzuziehen, der in das westliche Wirtschafts- und Finanzsystem integriert wird und als politischer Akteur in multilaterale Organisationen und militärische Kooperationen eingebunden wird. Über das Entstehen einer Mittelschicht und die Demokratisierung des Landes könnte ein enges Beziehungsgeflecht entstehen und somit amerikanischer Einfluss auf die gemeinschaftliche Lösung internationaler Konflikte hinwirken. In dieser Strategie dominiert das Anreizsystem. Einbindung führt allerdings zwangsläufig zu einer Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Stellung Chinas. Offen bleibt, wie auf unkooperatives beziehungsweise amerikanische Interessen schädigendes Verhalten reagiert werden könnte, welche Sanktionen dann noch zur Verfügung stehen und greifen könnten.

In Erinnerung an den letztlich erfolgreichen Umgang mit der Sowjetunion wurde eine Neuauflage des „Containment“, der Eindämmung, erörtert. Diese geht davon aus, dass ein machtpolitischer Konflikt um die Vorherrschaft nicht vermieden werden kann, der Aufstieg des Reiches der Mitte folglich verhindert oder verlangsamt werden sollte. So müssten der Handel und die Investitionen eingeschränkt, Technologie-Transfer so weit wie möglich unterbunden werden. Zugleich müssten die USA alte Bündnissysteme in Asien stärken sowie neue und strategisch beziehungsweise geopolitisch bedeutende Partner suchen. Dies diskutierten die Republikaner während der Präsidentschaft Clintons, während das amerikanische Außenministerium diese Variante nicht als sinnvolle Alternative

ansah. Ein neuer Kalter Krieg – dieses Mal mit China – würde nicht nur den USA Einbußen in der Wirtschaft, sondern auch Einschnitte in den Staatshaushalt durch höhere Verteidigungsausgaben abverlangen. Alles mit Rückwirkungen auf den Wohlstand des Landes. Zudem war nicht erkennbar, wie Partner für diese Politik gewonnen werden könnten. Die Folgen wären lediglich ein unkooperatives China und blockierte internationale Institutionen, darunter der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Integration und Einhegung

Ein dritter Ansatz wird seit einer Studie des Thinktanks RAND Cooperation (1999) diskutiert. Er verbindet „Engagement“ und „Containment“ zu „Congagement“ und versucht die Vorteile beider zu vereinen. Die amerikanische Politik soll auf die Einbindung Chinas zielen, allerdings ohne Verzicht der USA auf eine Vorsorge für den Fall, dass die Entwicklung der Volksrepublik auf einen hegemonialen Konflikt hinführt. Das heißt, Washington soll den Dialog und die Kooperation suchen, aber nicht auf kritische Anmerkungen zu chinesischem Verhalten, zum Beispiel im Bereich der Menschenrechte, bei Verstoß gegen Regeln der WTO oder des Patentrechtes verzichten. Zugleich aber wäre für ein Misslingen des Konzepts, China als strategischen Partner zu gewinnen, vorzusorgen.

Tatsächlich ähnelt die Politik unter Präsident Bush diesem Vorgehen. David M. Lampton nennt es „hedged integration“, also Integration und Einhegung. Ein friedliches und prosperierendes und sich schließlich demokratisch entwickelndes China wird begrüßt und erwartet, dass es sich konstruktiv in die – von den USA geführte – Weltordnung einbringt (so in der National Security Strategy von 2002). Aber die Regierung verlässt sich nicht auf diese Option. Dies findet sich in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2006 in

folgender Formulierung wieder: „Unsere Strategie versucht China zu bestärken, die richtige strategische Wahl für seine Bürger zu treffen, während wir uns gegen andere Möglichkeiten schützen werden.“

Kooperation im Kampf gegen Terror

Die Regierung Bush lässt sich in ihrer China-Politik von diesen Prinzipien leiten, insbesondere seit den Anschlägen von 2001. Zuvor hatten die größten Waffenlieferungen an Taiwan seit Langem und ein Zwischenfall mit einem zur Landung in China gezwungenen Spionageflugzeug zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen geführt. Seit 2001 ist Washingtons Bemühung um Zusammenarbeit in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus deutlich zu spüren, was zu einer insgesamt größeren Kooperationsbereitschaft mit China geführt hat. So hat Washington darauf verzichtet, die als Terrorbekämpfung bezeichneten Maßnahmen gegen Uiguren zu kritisieren. Erst in letzter Zeit wird die Kritik an Menschenrechtsverletzungen wieder deutlicher. Die Congagement-Strategie zeigt sich in einem breiten Spektrum von Dialogforen, die von China angeregt wurden. In ihnen erörtern beide Regierungen auf hochrangiger Ebene eine Vielzahl von Themen, vor allem Sicherheit, Waffenkontrolle und Probleme der Verteidigungspolitik sowie Wirtschaftsfragen. Zweimal jährlich findet der sogenannte „Senior Dialogue“ beziehungsweise Strategic Dialogue statt, seit 2006 zweimal jährlich ebenfalls ein Strategic Economic Dialogue, jährlich treffen sich beide Seiten zu Defensive Consultative Talks. Diese Dialogforen erlauben, dass alle Themen von gegenseitigem Interesse angesprochen werden, insbesondere das drängende Problem der nordkoreanischen Nuklearpolitik und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

Zugleich hat Washington jedoch nicht auf Sanktionen gegen Wirtschaftsunter-

nehmen verzichtet, die Handelsregeln nicht eingehalten haben. Auch zeigt sich seine Politik des Einhegens durch die Intensivierung seiner strategischen Partnerschaft mit Indien, mit dem Washington sogar einen Nuklearvertrag geschlossen hat. Die vertiefte und stärker multilateral orientierte Militärkooperation mit Japan und den pazifischen Mächten dürfte diesem Konzept ebenfalls entstammen. Erstmals wurde in einer gemeinsamen amerikanisch-japanischen Stellungnahme auf die Bedeutung des Bündnisses für die Sicherheit in der Straße von Taiwan hingewiesen. Zwar wurden in den Jahren der taiwanesischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit keine größeren Waffenlieferungen getätigt, aber Washington vertiefte die Kooperation mit dem Militär. Auch die Kooperation mit Thailand, den Philippinen und Singapur gewann an Bedeutung; die Militärbeziehungen mit Indonesien wurden wieder aufgenommen. Schließlich zeigen der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten in der Mongolei, gemeinsame Militärübungen und die Vergabe von zwanzig Milliarden Dollar Militärhilfe, dass auch im Norden Chinas die freundschaftliche Kooperation gesucht wird. Seit 2006 ist in der Mongolei auch amerikanisches Militär präsent.

Wird es zu einem Zusammenstoß der Giganten kommen? Beide Seiten dürften ein großes Interesse daran haben, eine krisenhafte Konfrontation zu vermeiden. Das amerikanische wirtschaftliche, politi-

sche und militärische Gewicht wird das chinesische noch auf mehrere Jahrzehnte übersteigen. Die innere Stabilität Chinas ist zu fragil, als dass sich das Land diese Konfrontation leisten könnte. Beide Nationen fahren für ihre eigene wirtschaftliche und weltpolitische Stellung am besten, wenn sie kooperieren. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass China von innenpolitischen Schwierigkeiten durch Verschärfung der außenpolitischen Konflikte abzulenken versucht. Die Reaktion Pekings auf die westliche Diskussion über das Vorgehen in Tibet weist – nicht zum ersten Mal – auf nationalistische Strömungen hin. Andererseits wirkt Chinas Handhabung des Tibet-Problems ernüchternd auf den Westen und weckt Zweifel, ob das Land seiner Rolle als verantwortlicher Akteur und Mitgestalter der Weltpolitik gerecht werden kann. Wie immer die Präsidentschaftswahlen in den USA ausgehen: Washington kann gegenüber China keine Containment-Politik betreiben (auch wenn dies einzelne Stimmen im Wahlkampf vielleicht fordern), aber es wird nicht auf Einhegung verzichten, solange das Land sich nicht demokratisiert. Wie wird sich Peking verhalten? Vermutlich wird es keine zu großen Risiken eingehen und auf Zeit setzen in der Hoffnung, in einigen Jahrzehnten mit den USA auf allen Gebieten gleichzuziehen und dann für einen Hegemonialkonflikt gerüstet zu sein – oder als demokratische Wohlfahrtsnation auf ihn zu verzichten.

Die Politische Meinung im August 2008

Die **Augustausgabe** der *Politischen Meinung* nimmt den **Strukturwandel der deutschen Parteienlandschaft** in den Blick unter anderem mit Beiträgen von Ralf Thomas Baus, Hans-Joachim Föllner, Tilman Mayer, Torsten Oppelland sowie Norbert Seitz.